



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Frühjahrssession 2022 – Nr. 1

H+ SESSIONSRÜCKBLICK



INHALT

Kostendämpfung | Massnahmen zur Kostendämpfung-Paket 1b
Fokus | Räte lehnen Versicherungskartell definitiv ab
Digitalisierung | Rückstand soll endlich aufgeholt werden

Pandemie | Nationalrat befürwortet gesetzliche Entschädigungspflicht bei Schliessungen
Pinnwand | weitere Geschäfte

Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1b

Im Rahmen eines Rückkommensantrags der Kommission für Gesundheit und Soziales des Nationalrates (SGK-N) befasste sich der Nationalrat erneut mit den von beiden Räten knapp verworfenen Massnahmen der Tarifpartner zur Steuerung der Kosten (Art. 47c E-KVG) und stimmte ihnen zu.

Der Ständerat ist in der Wintersession 2021 dem Nationalrat gefolgt und hat die Kostensteuerungsmassnahmen durch Tarifpartner (Art. 47c) als Teil des Massnahmenpakets 1b abgelehnt. Doch die Massnahmen lieferten in der vergangenen Frühlingssession erneut Diskussionsstoff. Grund hierfür ist ein Rückkommensantrag der SGK-N. Die SGK-N hat am 14. Januar 2022 beschlossen, sich im Rahmen eines Rückkommensantrags erneut mit den von beiden Räten knapp verworfenen Massnahmen der Tarifpartner zur Steuerung der Kosten zu befassen.

Bedauerlicherweise schwenkte der Nationalrat um, und will nun - entgegen seinem Entscheid in der Herbstsession 2021 - nun doch Kostensteuerungsmassnahmen mit Korrekturmöglichkeiten. Der Nationalrat will Leistungserbringer und Versicherer zu

einem gemeinsamen Kostenmonitoring und allenfalls notwendigen Korrekturmassnahmen verpflichten. Daran beteiligen sollen sich neu auch die Kantone.

Die Vorlage geht für die kommende Sommersession zurück in den Ständerat. H+ wird sich weiterhin für dafür einsetzen, dass Art. 47c aus der Vorlage gestrichen wird. H+ vertritt dabei die Auffassung, dass Art. 47c zwingend im Kontext des indirekten Gegenvorschlags zur Kostenbremse-Initiative zu behandeln ist.

Mit 98 zu 97 Stimmen abgelehnt hat der Nationalrat auch die Möglichkeit für Krankenkassen und Leistungserbringer, günstigere Tarife auszuhandeln als sie die Tarifvereinbarungen vorsehen. Von den Einsparungen hätten hauptsächlich die Versicherten profitieren sollen. Der Nationalrat folgte nun aber dem Ständerat.

Geeinigt haben sich die Räte des Weiteren auf ein Beschwerderecht für Krankenkassenverbände gegen Spitalplanungs-Entscheide in den Kantonen. Der Nationalrat hatte ein solches Recht zunächst abgelehnt.

Räte lehnen Versicherungskartell definitiv ab

Der Nationalrat hat die Bestimmung, die es Versicherungen erlaubt hätte, im Bereich der Zusatzversicherung zur Krankenversicherung den Leistungserbringern gegenüber gemeinsam zu verhandeln (Art. 31b E-VAG), abgelehnt.

Das Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) regelt seit 2006 die Aufsicht des Bundes über Versicherungsunternehmen und Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler. Bis heute wurden punktuell Anpassungen im VAG vorgenommen. Mit der hier vorgelegten Vorlage soll das VAG nun in ausgewählten Themen an die veränderten Gegebenheiten und an die Entwicklungen in den letzten Jahren angepasst werden.

Der Nationalrat beriet das VAG während der Sondersession am 3. Mai 2021, der Ständerat am 13. Dezember 2021 in der Wintersession. Gemäss Art. 31b, welches von einer Mehrheit der WAK-NR eingefügt worden war, können sich Versicherungsunternehmen im Bereich der privaten Krankenzusatzversicherung zusammenschliessen, um gegenüber Leistungserbringern gemeinsam aufzutreten und Vereinbarungen über die Vergütung von Mehr- und/oder Zusatzleistungen abzuschliessen. Mit dieser Bestimmung wird die Absicht verfolgt, den Zusatzversicherungsbereich dem Wettbewerbsrecht zu entziehen und die Kartellbildung von Versicherungsunternehmen zu ermöglichen.

Aus Sicht von H+ wird mit Art. 31b die liberale Wirtschaftsordnung im Bereich der privaten Zusatzversicherung aufgelöst, was über einen Preiskrieg zu einer Zerstörung des Zusatzversicherungsmarktes führen würde. Umso dringlicher stellte sich die Aufgabe, eine Kartellierung dieses Marktes zu verhindern.

Umso erfreulicher ist es, dass sich - nach dem Ständerat - nun auch der Nationalrat dazu bekennt hat, dass Art. 31b E-VAG nicht die richtige Lösung darstellt. Für eine Gesundung des privaten Versicherungsmarktes im Gesundheitswesen ist vielmehr Transparenz und fairer Wettbewerb vonnöten. H+ anerkennt, dass der Zusatzversicherungsmarkt zurzeit Dysfunktionalitäten aufweist und ist gewillt, in einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den involvierten Behörden auf seine Gesundung hinzuwirken. Denn die Zusatzversicherung leistet einen erheblichen Beitrag zum guten Funktionieren des schweizerischen Gesundheitswesens und ist eine unerlässliche Einnahmequelle für die Schweizer Spitäler.

Diese erfreuliche Nachricht wird indessen getrübt von der Tatsache, dass auch eine Revision der zugehörigen Verordnung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsverordnung-FINMA, AVO-FINMA) ausstehend ist. Aktuell ist es nicht auszuschliessen, dass der FINMA in dieser Verordnung weitere Kompetenzen, private Krankenversicherer stärker zu beaufsichtigen und zu regulieren, zugesprochen werden.

Rückstand soll endlich aufgeholt werden

Mit 176 Stimmen und ohne Enthaltungen ist sich nach dem Ständerat auch der Nationalrat einig, dass die Digitalisierung im Gesundheitswesen schneller voranzutreiben ist. Dies fordert eine Motion des Mitte Nationalrates Erich Ettlin.

Die Motion 21.3957 (Ettlin Erich) fordert, die digitale Transformation im Gesundheitswesen endlich substantiell voranzubringen und sich dabei an der Wirkung anderer erfolgreich digitalisierter Gesundheitssysteme der OECD zu orientieren.

Es ist erfreulich, dass sich die Räte so deutlich einig sind, dass dringend Nachholbedarf bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens besteht. Die Schweiz gerät nämlich im internationalen Vergleich ins digitale Hintertreffen und rangiert zum Beispiel im vergleichenden Bertelsmann Digital-Health-Index auf den hintersten Plätzen der OECD- und EU-Länder. Für die Schweiz, die bei weltweiten Ratings regelmässig zu den innovativsten Ländern gehört, ist das ein schlechtes Zeugnis. Die Komplexität des schweizerischen Gesundheitssystems und der Föderalismus erklären unseren Nachholbedarf nur unzureichend:

es fehlt an Führung, Strategie, Struktur und dem politischen Willen, die Digitalisierung voranzutreiben. In der Schweiz fehlt ein funktionierendes Gesundheitsdatenökosystem. Die in Silos bestehenden Gesundheitsdaten können nicht vernetzt und damit nicht genutzt werden. Viel Potenzial der Daten liegt für die Patienten, die Gesellschaft und den Forschungs- und Industriestandort brach. Das haben wir insbesondere auch während der Covid-19 Pandemie schmerzlich erfahren müssen.

Mit den Hochschulen und der hiesigen Industrie haben wir beste Voraussetzungen, um die digitale Transformation des Gesundheitswesens voranzutreiben und schnell nötige Fortschritte zu erzielen. H+ unterstützt Vorhaben in diesem Bereich, bspw. mit der Allianz „Digitale Transformation im Gesundheitswesen“.

Besorgt über die verzögerte Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD) und damit weiteren Verzögerungen an der Digitalisierungs-Front ist auch Josef Dittli (FDP/UR). Mit einem Postulat, das mit 37 zu 7 Stimmen überwiesen wurde, soll der Bundesrat die Frage klären, ob auf der Grundlage der Covid-19-Impfdossiers und -Zertifikate individuelle elektronische Patientendossiers geschaffen werden könnten.

Pandemie

Nationalrat befürwortet gesetzliche Entschädigungspflicht bei Schliessungen

Der Nationalrat fordert eine Ergänzung des Epidemiengesetzes, die vorsieht, dass Personen und Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb aufgrund behördlicher Massnahmen schliessen oder einschränken müssen, künftig entschädigt werden.

Die staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N) fordert in ihrer Motion 22.3009, dass das Epidemiengesetz dahingehend geändert wird, dass Personen und Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb aufgrund behördlicher Massnahmen schliessen oder einschränken müssen unter festzulegenden Voraussetzungen (z.B. Dauer der Massnahmen und Höhe der Einbussen) entschädigt werden, soweit der Schaden nicht anderweitig gedeckt ist. Dabei ist die Entschädigungspflicht zeitlich zu begrenzen. Heute können private Veranstalter oder Unternehmen, die von Verboten, Schliessungen oder anderen Einschränkungen betroffen sind, beim Staat nur Schadenersatz verlangen, sofern die Voraussetzungen der Staatshaftung erfüllt sind, das heisst, nur in Fällen, wo staatliche Organe widerrechtlich gehandelt haben.

H+ ist der Ansicht, dass die öffentliche Hand für durch staatliche Massnahmen verursachte, erhebliche Schäden gegenüber Unternehmen haften muss.

Dazu zählen insbesondere auch Spitäler. Die weitverbreitete Meinung, dass Spitäler keine Unternehmen seien, die ein gängiges Betriebsrisiko tragen würden, ist nicht korrekt. Spätestens seit der Einführung der neuen Spitalfinanzierung 2012 tragen alle Spitäler ein vergleichbares Betriebsrisiko.

Die Konsequenzen des vom Bund angeordneten Behandlungsverbots im Rahmen der Covid-19-Pandemie waren für die Spitäler und Kliniken in finanzieller Hinsicht einschneidend. H+ setzt sich deshalb an allen Fronten, u.a. bei der Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie als auch bei der Revision des Epidemiengesetzes, dafür ein, dass Spitäler in Zukunft ihre gemeinwirtschaftlichen Leistungen und zusätzliche Aufwendungen erstattet bekommen.

Weitere Geschäfte

21.4346 n Mo. SGK-N. Forschung und klinische Versuche mit nicht kommerziellen Medizinprodukten fördern und nicht behindern. Anpassung von Gebühren und Auflagen ist dringend.

Angenommen

22.3005 n Mo. SGK-N. Besserer Schutz vor Covid-19 für Personen mit geschwächtem Immunsystem aufgrund von Krebserkrankungen und chronischen Erkrankungen.

Angenommen

21.303 s Kt. Iv. Aargau. Sicherung der Landesversorgung mit essenziellen Wirkstoffen, Medikamenten und medizinischen Produkten.

Keine Folge gegeben (SR)

19.4055 n Mo. Nationalrat (Fraktion BD). Qualitätssicherung in der Pflege. Qualitätsindikatoren auch in der ambulanten Pflege überwachen.

Keine Folge gegeben (SR)